

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 30/15-19) des Beirates Woltmershausen
am Montag, den 11.09.2017,

im Gemeinderaum der Evangelischen Freikirche, Woltmershauser Straße 298, 28197 Bremen

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Anwesend:

Karin Bohle-Lawrenz
Marita Dilly
Anja Leibing
Hermann Lühning

Holger Meier
Thomas Plönnigs
Nina Schardt
Anja Schiemann

Waldemar Seidler
Heidelinde Topf
Edith Wangenheim

Fehlend: Mazlum Koc

Referent_innen/Gäste: Staatsrat R. Meyer, Hr. Dr. Kumpfer, Fr. Nanninga (alle Senator für Umwelt, Bau und Verkehr/SUBV, zu Top 2); Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft und der Beiräte Huchting und Neustadt; Vertreter_innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Christoph Eggers (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Top 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Top 2 – Biomüll-Umschlagplatz in Woltmershausen?

Der Staatsrat berichtet über den aktuellen Stand zum Ausschreibungsverfahren für die Biomüll-Entsorgung in Bremen, nachdem der 20 Jahre geltende bisherige Vertrag mit Nehlsen/ENO Mitte nächsten Jahres auslaufe. Ziel sei unter anderem, den Biomüll zur klimafreundlichen Stromerzeugung zu nutzen. Die Vergabe sei entsprechend der Ausschreibung¹ inzwischen rechtswirksam an das auf dem Markt bereits tätige Unternehmen Remondis SE & Co. KG erfolgt, die den Biomüll in ihrer Biogasanlage in Bohmte bei Osnabrück verwerten wolle. Bei der Auswahlentscheidung, die erst vor einigen Tagen getroffen worden sei, habe „entscheidungsleitend“ der angebotene Preis sein müssen. Der vorgesehene Transport des Biomülls mit den daraus resultierenden CO₂-Emissionen sei in die Bewertung ebenfalls eingeflossen, insgesamt aber von untergeordneter Bedeutung. In Woltmershausen solle der Biomüll von den kleineren Sammel-LKWs in einer geschlossenen Halle in größere LKWs für den Transport nach Bohmte umgeladen werden, eine Lagerung im Sinne eines Zwischenlagers sei dies nicht. Der bisher vorgesehene Standort liege relativ verkehrsgünstig.

Für die nachfolgende Diskussion, unter Einbeziehung von Wortmeldungen aus dem Publikum, wird die Redezeit auf drei Minuten begrenzt (einstimmig).

Auf Nachfragen zur Genehmigungsfähigkeit des geplanten Umschlagplatzes in einem Gewerbegebiet in Woltmershausen erläutert der Staatsrat, dass dies im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geprüft werde.

Der Beirat äußert sich kritisch zur verkehrlichen Situation des Umschlagplatzes. Es wird darum gebeten zu erläutern, mit wie viel Verkehr tatsächlich zu rechnen sei.

Dazu teilt der Staatsrat mit, dass werktags voraussichtlich 14 Müllfahrzeuge zum Umschlagplatz hin fahren werden, sechs größere Fahrzeuge würden den Weg in Richtung Biogasanlage nach Bohmte aufnehmen.

Dem wird aus Beirat und Publikum entgegnet, dass damit noch nicht die Leerfahrten berücksichtigt seien: Ausgehend von den vom Staatsrat genannten Zahlen gehe es um insgesamt 40 LKW-Fahrten, die zusätzlich auf den Stadtteil zukämen.

In allen Redebeiträgen aus dem Publikum wird der in Aussicht genommene Umschlagplatz in Woltmershausen abgelehnt. Mehrere Bürger_innen befürchten deutliche Geruchsbelästigungen durch die neue Anlage, auch wenn der Umschlag in der Halle stattfinden solle.

Kritisiert wird außerdem, dass Beirat und Bevölkerung nicht frühzeitiger über die Planungen informiert worden seien. Gefragt wird, ob nicht auch Beteiligungsrechte des Beirates verletzt worden seien.

Aus den Reihen des Beirates wird darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle SUBV über den Zuschlag für ganz Bremen entscheide. Formale Beteiligungsrechte des Beirates gebe es hier nicht, ein Beiratsbeschluss hätte keine Auswirkung auf das Vergabeverfahren.

¹ Näheres unter https://www.bauumwelt.bremen.de/info/bioabfall_vergabe

Aus dem Publikum wird um Auskunft gebeten, ob die Errichtung eines Umschlagplatzes in Woltmershausen zwingend notwendig sei.

Ein Standort in Woltmershausen sei nicht zwingend, so der Staatsrat.

Aus dem Beirat wird nachgefragt, ob der Umschlagplatz gemäß Bebauungsplan überhaupt zulässig und wie die Anforderung aus der Ausschreibung, dass der Umschlagplatz in einem Industriegebiet liegen müsse, zu bewerten sei.

Der Staatsrat merkt dazu an, dass er die Wahl des Standortes im Kontext eines störenden Gewerbes innerhalb eines Gewerbegebietes von seiner Behörde prüfen lassen wolle.

Anschließend weist er darauf hin, dass inzwischen auch ein Vertreter von Remondis an der Sitzung teilnimmt.

Dieser signalisiert, dass Remondis bereit wäre, einen Alternativstandort zu realisieren, andere Standorte würden derzeit geprüft. Strategisch wäre der Standort in der Barkhausenstraße zwar geeignet, im Falle einer Alternative könne der Umschlag zum 1. Juli 2018 aber auch dort vorgenommen werden.

Der Vorschlag des Remondis-Vertreters sei ein gutes Signal, so der Staatsrat. Daran anknüpfend teilt er mit, dass seine Behörde nun mit der Firma Remondis in Kontakt treten werde, um Alternativflächen zu prüfen.

Der Beirat werde über den weiteren Fortgang informiert und im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens wie üblich beteiligt; bei Bedarf sei eine erneute Befassung in den Beiratsgremien möglich.

Der Beirat begrüßt die Prüfung alternativer Standorte und bittet um weitere Beteiligung.

Top 3 – Berichte der Beirats- und Fachausschussprecher

Top 4 – Berichte des Amtes

Beschluss: Beide Tagesordnungspunkte werden vertagt. (einstimmig)

Top 5 – Beschlussfassung über Mittelverteilungsvorschlag des AfSD (Integrationsbudget/offene Kinder- und Jugendarbeit)

Beschluss:

Der Beirat Woltmershausen stimmt dem Mittelverteilungsvorschlag des AfSD für ein Integrationsprojekt vom Kulturhaus Pusdorf in Höhe von 800,00 € aus dem Integrationsbudget sowie zum Mädchenaktionstag in Höhe von 800,00 € aus dem Stadtteilbudget für die offene Kinder- und Jugendarbeit zu.

(einstimmig)

Top 6 – Antrag zum Ganztagsausbau der GS Rechtenflether Straße (aus FA Kita vom 10.08.2017)

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat Woltmershausen fordert Immobilien Bremen auf, die Um- und Anbaupläne für den Ganztagsbetrieb der Grundschule Rechtenflether Straße auf einer Planungskonferenz im November 2017 (voraussichtlich am 27.11.2017) vorzustellen und in Absprache mit der Senatorin für Kinder und Bildung die Zeitschiene für die Umsetzung bekannt zu geben.

Begründung:

Der Beirat missbilligt den zögerlichen Fortgang der notwendigen Erweiterung des Gebäudes und duldet keine weitere Verschiebung.

Die Essensversorgung in der Mensa der Oberschule Roter Sand ist eine Belastung für beide Schulen und stößt mit der geplanten 5-Zügigkeit der Oberschule an seine Grenzen. Einige Woltmershauser Eltern melden ihre Kinder inzwischen in den Grundschulen Strom und Rablinghausen an.

Top 7 – Verschiedenes

Aus dem Beirat wird kritisiert, dass die Straßenkanalisation teilweise verstopft sei. Bei Starkregen funktionieren die Entwässerung nur eingeschränkt oder gar nicht. Es wird darum gebeten, Straßenzüge zu sperren, um die Straßenkanäle zu reinigen.